

NACH DEN ERGEBNISLOSEN VERHANDLUNGEN:

# Die Arbeitgeber brauchen Druck

Zwei ergebnislose erste Verhandlungen für die Pfalz und Rheinland-Rheinessen und erst recht die ergebnislose zweite Verhandlung im Saarland signalisieren: Die Arbeitgeber des Kfz-Gewerbes werden ohne betrieblichen Druck zu keinem akzeptablen Abschluss bereit sein. Dazu sind ihre Vorbedingungen zu unverschämt.

Die Beschäftigten sollen für gute Arbeit gut bezahlt werden. Einkommensverbesserungen sollen die Nachfrage beleben. Denn das ist für Wachstum und Arbeitsplätze und gerade auch für Kfz-Betriebe und Autohäuser dringend erforderlich. Zugleich wollen wir die Betriebe angesichts der aktuell nicht einfachen wirtschaftlichen Bedingungen nicht überfordern. Deshalb sind unsere Forderungen moderat ausgefallen. Beim Geld wollen wir in der Pfalz und im Saarland drei Prozent mehr, 3,2 Prozent verlangen wir in Rheinland-Rheinessen.

Die Reaktion der Arbeitgeber in allen drei Tarifgebieten war allerdings alles andere als mo-



Protest und Warnstreik in Rheinland-Rheinessen 2004: Arbeitgeber provozieren auch 2005 den Konflikt

derat: Sie stellten – graduell unterschiedlich – unverschämte Gegenforderungen, die bis zu unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche reichen. Tariferhöhungen machen sie von der Erfüllung ihrer Gegenforderungen abhängig. Motto: Nur wenn Du aus der rechten Tasche was rausrückst, bekommst Du auch was in die linke Tasche.

In den ersten Tarifverhandlungen für die Pfalz und Rheinland-Rheinessen und in der zweiten Verhandlung für das Saarland haben die Arbeitgeber ihre knallharte Tour bekräftigt: Tariferhöhungen sind nur drin, wenn sie vorher Zugeständnisse der IG Metall vor allem bei Urlaub und Arbeitszeit eingesackt haben. Solchen erpresserischen Druck müssen sich Beschäftigte, die

tagaus, tagein gewissenhaft ihre Arbeit tun, nicht gefallen lassen. In der Pfalz und in Rheinland-Rheinessen ist deshalb betriebliche Unruhe angesagt. Und weil die Arbeitgeber an der Saar auch in der zweiten Runde an ihren besonders unverschämten Forderungen festgehalten haben, werden dort die Beschäftigten betrieblich und öffentlich gegenhalten.

## Mickriges Angebot

In der Pfalz machten die Arbeitgeber gleich in der ersten Verhandlung und auch als erster Verband bundesweit ein Angebot. Das allerdings war so provozierend niedrig, dass wir die Verhandlung ergebnislos beenden mussten.

Auf die Kündigung der Einkommenstarifverträge zum Ende März und auf unsere Forderung nach drei Prozent Tariferhöhung reagierten die Arbeitgeber mit einer Aufforderung: Wir sollten mit ihnen im ungekündigten Zustand über die Arbeitszeit verhandeln. In der ersten Verhandlung am 5. April wurden sie präziser: Sie wollen Schultage auf Urlaub anrechnen und die Arbeitszeit mit Lohnausgleich verlängern. Das haben

wir abgelehnt. Allenfalls über eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit waren wir bereit zu reden. Die Retourkutsche der Arbeitgeber ließ nicht lange auf sich warten: Erst machten sie das äußerst mickrige Angebot einer Tariferhöhung von 0,8 Prozent. Dann legten sie als „Gegenleistung“ für unsere Bereitschaft zu weiterer Arbeitszeit-Flexibilisierung noch 0,2 Prozent drauf. Das war uns immer noch zu mickrig. Denn mit einem Prozent mehr würden nicht einmal die Preissteigerungen ausgeglichen. Am Ende hätten die Beschäftigten ein Minus in ihren Taschen. Also haben wir auch das abgelehnt. Die erste Verhandlung blieb damit ohne Ergebnis. Die nächste ist für den 10. Mai vereinbart.

## Faule Tricks

Die Arbeitgeber des Kfz-Gewerbes Rheinland-Rhein Hessen wollen nur dann mehr geben, wenn sie sich noch mehr von den Beschäftigten abholen können. Deshalb blieb die erste Verhandlung ohne Ergebnis.

In Rheinland-Rhein Hessen waren es die Arbeitgeber, die die Einkommenstarifverträge zum Ende März gekündigt haben. Sie verlangen eine „deutliche Kostenentlastung“ bei der Arbeitszeit, beim Akkordzuschlag und durch Anrechnung von Urlaubstagen auf Qualifizierungen. Wir haben 3,2 Prozent mehr sowie einen Beschäftigungssicherungstarifvertrag und den Neuabschluss eines Tarifvertrags zur Altersteilzeit gefordert.

In der ersten Verhandlung am

11. April bekräftigten die Arbeitgeber ihre Haltung, dass Einkommensverbesserungen nur unter der Bedingung möglich seien, dass die IG Metall Zugeständnisse bei Arbeitszeit und Urlaub macht. Und sie deuteten an, dass die Zugeständnisse in ihren materiellen Auswirkungen größer sein müssten als die Tariferhöhungen. Es gäbe nichts zu verteilen, sagten sie, die Betriebe müssten dauerhaft von Kosten entlastet werden.

Wir haben klar gemacht, dass wir uns auf solche faulen Taschenspieler-Tricks nicht einlassen. Dass Arbeitszeitverlängerung oder Urlaubskürzung nicht in Frage kommen. Denn dadurch würden Beschäftigte arbeitslos. Ergebnis war: Es gibt kein Ergebnis. Der Termin für die zweite Verhandlung ist noch offen.

## Arbeitgeber fordern unbezahlte Arbeit

Die härteste Gangart legen in den diesjährigen Tarifrunden für das Kfz-Gewerbe im Westteil unseres Bezirks die Arbeitgeber aus dem Saarland an den Tag. Knallhart machen sie unbezahlte Arbeitszeitverlängerung zur Vorbedingung für einen Tarifabschluss.

An der Saar haben die Arbeitgeber bereits im letzten Jahr in einem Rundumschlag alles gekündigt, was kündbar war: die Einkommensverträge und das Weihnachtsgeld zum Ende Februar, den Manteltarifvertrag und die Altersteilzeit zum Jahresende, die Tarifverträge Kündigungsschutz und vermögenswirksame Leistungen zum Ende Januar 2005. Wir haben deshalb außer drei Prozent mehr Geld die unveränderte Wiederinkraftsetzung der gekündigten Verträge gefordert. Die Arbeitgeber haben mit unverschämten Gegenforderungen reagiert:

- ◆ Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich
- ◆ Zuschlagsfreie flexible Arbeitszeit bis 44 Stunden
- ◆ Nachtzuschläge erst ab 22 Uhr

◆ Anrechnung von drei Urlaubstagen bei Schulungen  
Dieses Paket hatten sie bereits in der ersten Runde aufgetischt. Außerdem hat insbesondere der Verhandlungsführer der Arbeitgeber in seinen Betrieben versucht, Fakten zu schaffen: Er hat die Beschäftigten gedrängt, Einzelarbeitsverträge mit einer 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zu unterschreiben. Sie sollen also vier Stunden mehr pro Woche arbeiten, ohne dafür auch nur einen Cent mehr Lohn oder Gehalt zu bekommen. Wir haben diesen Tarifbruch

bereits in der ersten Verhandlung angeprangert. Und wir haben es abgelehnt, ihn nachträglich durch tarifliche Vereinbarung einer 40-Stunden-Woche zu legalisieren. Aber wie schon in der ersten, blieben die Arbeitgeber auch in der zweiten Runde am 18. April bei ihrer knallharten Haltung: Sie machten die Vereinbarung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zur Vorbedingung für alles andere.

Das haben wir abgelehnt. Die Arbeitgeber sahen sich danach nicht in der Lage, an diesem Tag weiter zu verhandeln. Die Verhandlung wurde ohne Ergebnis beendet. Die nächste ist erst am 2. Juni.

Bis dahin wollen wir die Einigungsbereitschaft der Arbeitgeber durch vielfältige Aktionen innerhalb und außerhalb der Betriebe beflügeln.

Zu ersten Warnstreiks mit einer öffentlichen Protestveranstaltung haben die saarländischen Verwaltungsstellen für den 28. April aufgerufen (siehe Kasten).

### PROTESTAKTION

Die IG Metall hat die Beschäftigten der saarländischen Kfz-Betriebe BMW, Dechent, Citroen, Großklos, MAN, Renault und SKF für Donnerstag, 28. April, 15.30 Uhr, zu einer Protestkundgebung in der Turnhalle Saarbrücken-Brebach aufgerufen.

Bei dieser Aktion wird unter anderem der für das Handwerk zuständige Bezirkssekretär Jürgen Leydecker zu den warnstreikenden Kfz-Beschäftigten sprechen.